

Nr. 12/609

Konzept des Senats zur Reduzierung und umweltverträglichen Deponierung des anfallenden Hafenschlicks aus den bremischen Häfen

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN

vom 2. Oktober 1989

(Drucksache 12/641)

Dem Senat wird eine Fristverlängerung für die Beantwortung der Anfrage bis zu den Sitzungen am 15. und 16. November 1989 gewährt.

Nr. 12/610

Fragestunde

1. Förderung der Wasserstofftechnologie
Anfrage des Abgeordneten Tiefenbach und Fraktion DIE GRÜNEN vom 22. September 1989
2. Beschleunigung von Asylverfahren
Anfrage der Abgeordneten van Nispen, Jäger und Fraktion der FDP vom 27. September 1989
3. Illegale Einfuhr von Drogen über die bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten van Nispen, Jäger und Fraktion der FDP vom 27. September 1989
4. Situation der bremischen Jugendgerichtshilfe
Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP vom 27. September 1989
5. Rauschgifthändler
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 4. Oktober 1989

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

6. Änderung der Ladenschlußzeiten
Anfrage des Abgeordneten Tiefenbach und Fraktion DIE GRÜNEN vom 28. September 1989

Die Anfrage wird zurückgezogen.

7. Senkung der Einbürgerungsgebühren
Anfrage des Abgeordneten Tiefenbach und Fraktion DIE GRÜNEN vom 28. September 1989
8. Teilzeitbeschäftigung für Frauen in der Justiz
Anfrage des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU vom 29. September 1989

9. Asbestentsorgung
Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Jäger und Fraktion der FDP vom 2. Oktober 1989
 10. Bericht über die Situation von Familien im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 5. Oktober 1989
 11. Entsorgungsmöglichkeiten von FCKW-haltigen Stoffen auf den Schiffswerften
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 10. Oktober 1989
 12. Wohnraum für Studenten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel (GRÜNE) vom 10. Oktober 1989
 13. Neuigkeiten in Sachen US-Giftgastransporte?
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 10. Oktober 1989
 14. Untertagedeponie Eggstedt/Dithmarschen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 11. Oktober 1989
 15. Mitfinanzierung des neuen Wasserkraftwerkes durch die Bundesrepublik Deutschland
Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein, Dr. Carola Schumann und Fraktion DIE GRÜNEN vom 12. Oktober 1989
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 12/611

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 12/612

Veränderungen im Personenzugverkehr

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 1989
(Drucksache 12/544)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 12/613

Fahrpreissenkung im Personenzugverkehr zwischen Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Juli 1989
(Drucksache 12/587)

Der Senat wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß der günstige Fahrpreis für die Strecke Bremen—Bremerhaven und Gegenrichtung, der für die IC 552, 554, 555 und 562 im Rahmen der „Rosaroten Städteverbindungen“ angeboten wird, auf alle übrigen Intercity-Zugverbindungen auf dieser Strecke ausgeweitet wird.

Nr. 12/614

Personenzugverkehr in den Bremer und Bremerhavener Räumen

Antrag der Fraktion der SPD

vom 4. Juli 1989

(Drucksache 12/594)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß aufgrund des Einsatzes des bremschen Landesparlamentes, des Senats, von Kammern und Gewerkschaften Fortschritte in der Anbindung der Räume Bremen und Bremerhaven beim Personenzugverkehr durch die Deutsche Bundesbahn erreicht worden sind.

Dazu gehören:

- ab Sommerfahrplan 1989 eine Eurocity-Verbindung über Hannover und Frankfurt in die Schweiz;
- ab Sommerfahrplan 1989 ein IC-Direktzug über Hannover nach München;
- die Ankündigungen der DB, etwa 1992 zwei oder drei weitere IC-Direktzüge zwischen Bremen und München verkehren zu lassen.

Mit dem Senat stimmt die Bürgerschaft (Landtag) überein, daß die Fahrplanlage sowohl des Eurocity als auch des IC nach München sehr ungünstig ist. Hierzu ist mit der DB über günstigere Zeitlagen ab und nach Bremen weiterzuverhandeln.

2. Nicht hinnehmbar für die Bürgerschaft (Landtag) ist das Vorbeiführen von Zügen an Bremen auf der Strecke Hamburg—Westdeutschland und die viel zu lange Übergangszeit in Hannover in Richtung Süden.

Diese Verschlechterungen sind durch die DB alsbald zurückzunehmen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber der DB für folgende Verbesserungen im Fernreiseverkehr einzusetzen:

- keine qualitativen und quantitativen Veränderungen beim IC auf den Strecken Hannover—Oldenburg und Hannover—Bremerhaven bis zur Einführung des Inter-Regio-Verkehrs;
- Beibehaltung des Standards der jetzigen IC-Linie bei den neuen Inter-Regio-Verkehren Hannover—Oldenburg und Bremerhaven—Hannover (z. B. Zweistudentakt, Anbindung von Bremerhaven-Lehe);
- Norddeutschland ist unbedingt durch Fernreise-D-Züge als Reiseziel zu erschließen; hierzu gehören auch die Cuxhavener und ostfriesischen Feriengengebiete;
- die Strecke Bremen—Uelzen—Berlin ist wieder für den Fernreiseverkehr zu erschließen;
- Festhalten an den Forderungen nach IR-Zügen für die Strecken Cuxhaven—Kassel und Bremen—Amsterdam.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, daß für die neue Inter-Regio-Linie Bremerhaven—Hannover Bremerhaven Heimatbahnhof wird.

5. Mit der Gründung der Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen am 1. Januar 1989 ist ein guter Einstieg begonnen worden, den Nahverkehr in der Region Bremen attraktiver zu gestalten. Angesichts des stark zunehmenden Individualverkehrs reicht diese Maßnahme aber nicht aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesbahn einen wesentlichen Ausbau des Nahverkehrszugbereiches.

Dazu gehören u. a.:

- Einführung der City-Bahn auf der Strecke Bremen-Hauptbahnhof nach Bremen-Vegesack;
- Errichtung eines zusätzlichen Haltepunktes in Bremen-Sebaldsbrück;
- keine weiteren Stilllegungen von Nebenstrecken im Bremer und Bremerhavener Umland;
- Überprüfung zur Wiederaktivierung von Nebenstrecken;
- verbesserter Wagenpark und attraktive Gestaltung der Nebenbahnhöfe.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, das bisherige „Rosarote Städteangebot“ für Bremerhaven und Bremen zu erweitern.

7. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für notwendig, die DB dazu zu bewegen, für Bremer und Bremerhavener Zugverbindungen eine stärkere Werbung durchzuführen.

Nr. 12/615

Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der Deutschen Bundesbahn (Bundratsinitiative); Personenzugverkehr in der Elbe-Weser-Ems-Region

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 1. September 1989
(Drucksache 12/611)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/616

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen (Kontrolle des Bauressorts durch die Bürgerschaft)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Juni 1989
(Drucksache 12/579)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Nr. 12/617

Umorganisation des Senats

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Oktober 1989
(Drucksache 12/655)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/618

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 17. Oktober 1989
(Drucksache 12/659)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 12/619

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Ländern Hessen und Niedersachsen über die Aufhebung der Zuständigkeit des Landessozialgerichts Niedersachsen in Knappschaftsangelegenheiten einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau

Mitteilung des Senats vom 22. August 1989
(Drucksache 12/610)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/620

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Ausdehnung der Gerichtsbezirke in der Sozialgerichtsbarkeit in Angelegenheiten der Knappschaftsversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau auf das Gebiet der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 22. August 1989
(Drucksache 12/609)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/621

Drittes Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. September 1989
(Drucksache 12/636)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 12/622

Politische Bildung in der Weiterbildung

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 2. Oktober 1989
(Drucksache 12/640)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Arbeit.

Nr. 12/623

Abkoppelung des bremischen Arbeitsmarktes von der Entwicklung im Bundesgebiet

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 3. Oktober 1989
(Drucksache 12/642)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 12/624

Erfolgreiche bremische Wirtschaftspolitik

Antrag der Fraktion der SPD
vom 17. Oktober 1989
(Drucksache 12/657)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß es durch große wirtschaftsstrukturpolitische Anstrengungen gelungen ist, den ökonomischen Abkoppelungsprozeß des Landes Bremen im Verhältnis zur Bundesentwicklung zu beenden. Dies zeigt sich an den folgenden nicht zu bestreitenden Fakten:

- Nach vielen Jahren tiefgreifender Arbeitsplatzverluste wächst die Zahl der Arbeitsplätze im Lande Bremen wieder an. Dabei ist es gelungen, mit einer zukunftsorientierten Industriepolitik die Beschäftigungssituation im Schiffbau, beim Stahl und in der Fischwirtschaft weitgehend zu stabilisieren. Im Rahmen des Werftenstrukturkonzeptes werden die Diversifizierungsanstrengungen zu neuen Arbeitsplätzen außerhalb des traditionellen Schiffbaubereichs führen. Darüber hinaus konnte mit gezielter Wirtschaftsförderung das Potential neuer Arbeitsplätze deutlich verstärkt werden.
 - Nach vielen Jahren des Null-Wachstums und der Schrumpfung des realen Sozialproduktes sind in den letzten Jahren wieder positive Wachstumsraten im Lande Bremen zu verzeichnen. 1988 lag die Wachstumsrate des bremischen Sozialprodukts sogar über dem hohen Wachstumstempo des Bundesgebietes.
 - Die strukturbestimmenden wirtschaftspolitischen Projekte des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP) entfalten zunehmend ihre Arbeitsplatzwirkung. Das Güterverkehrszentrum mit heute 1000 Arbeitsplätzen wird schon in Kürze ein mehrfach höheres Arbeitsplatzvolumen anbieten. Im Technologiepark Universität ist die Investitionsbereitschaft von Hochtechnologieunternehmen besonders spürbar, so daß auch in diesem Bereich bald mehrere tausend Arbeitsplätze angeboten werden. Die Wiederansiedlung des Fahrzeugbaus hat schon heute tiefgreifende Arbeitsmarktwirkungen. In der Luft- und Raumfahrt und in der Mikroelektronik ist es durch Standortsicherungsmaßnahmen gelungen, den Beschäftigungsstand ebenfalls auszubauen. Im Einzelhandel der Innenstadt gibt es einen privaten Investitionsboom, der die Beschäftigungssituation stabilisieren hilft. In Bremerhaven wird im Fischereihafen modellhaft entwickelt, aus traditionellen Strukturen der Fischwirtschaft schrittweise eine zukunftsorientierte neue Industrie im Bereich der Lebensmittelproduktion entstehen zu lassen.
 - Die wirtschaftspolitischen Projekte und Förderprogramme des WAP werden von der bremischen Wirtschaft akzeptiert. Durch die Technologieprogramme sind Wirtschaft und Wissenschaft im Lande Bremen enger denn je verbunden. Die technologieorientierte Umstrukturierung des Forschungssektors ist mit der Universität durchgesetzt worden mit all ihren positiven Auswirkungen auf die Innovationskraft der privaten Wirtschaft. Mit dem Ökologiefonds ist die Nutzung des Umweltmarktes für bremische Unternehmen erheblich verbessert worden. In seinem Rahmen werden auch umweltpolitische Pilotprojekte, z. B. der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung, gefördert. Die Programme zur Förderung des Mittelstandes haben zur Standortsicherung und betrieblichen Innovation erheblich beigetragen. Aktuell wird das Mittelstandsprogramm zielgerichtet auf den EG-Binnenmarkt hin weiterentwickelt, damit bremische Unternehmen auf dem europäischen Markt ihre Chancen wahrnehmen können. Mit dem Sonderprogramm Bremerhaven ist eine große finanzielle Leistung durch das Land erbracht worden, mit dem neue Akzente in der Wirtschaftsstruktur Bremerhavens, insbesondere im Forschungs- und Entwicklungsbereich, beim Umstrukturierungsprozeß der Traditionsindustrien und im Tourismus, gesetzt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) weist darauf hin, daß die bremische Wirtschaftspolitik weitgehend im Konsens mit allen wirtschaftlich relevanten Kräften des Landes umgesetzt wird. Der wirtschaftliche Aufschwung im Lande Bremen kann ernsthaft nicht in Frage gestellt werden und wird tatsächlich von keiner sachlich und fachlich ernstzunehmenden Seite bezweifelt. Bremen und Bremerhaven schneiden in den überregionalen Standortvergleichen positiv ab. Von besonderer Bedeutung für den Erfolg der bremischen Wirtschaftspolitik ist auch, daß es gelungen ist, verschiedene Politikbereiche, die Wirtschaftsstrukturpolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Umweltpolitik, die Hafenpolitik und die Wissenschaftspolitik, so miteinander zu verzahnen, daß daraus ein Gesamtprogramm entstanden ist, das den Strukturwandel im Lande Bremen zunehmend besser bewältigt.
 3. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt allerdings fest, daß die Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven immer noch viel zu hoch ist. Die Arbeitsplatzverluste der Vergangenheit sind durch die neuere sehr positive Entwicklung noch nicht aufgeholt. Darüber hinaus steigt die Zahl der Arbeitssuchenden weiter an. Durch die Reduzierung des Arbeitsförderungsgesetzes sind Arbeitsplätze

durch die Bundesregierung weggespart worden. Durch die völlig ungenügende Wirtschaftspolitik Niedersachsens im bremischen Umland drängen immer mehr niedersächsische Arbeitnehmer — gerade wegen der verhältnismäßig günstigen Arbeitsplatzsituation in Bremen — auf den bremischen Arbeitsmarkt. Darüber hinaus suchen Aus- und Übersiedler verstärkt Arbeitsplätze in Bremen. Für diesen Nachfrageschub reicht das regionale Arbeitsplatzangebot trotz positiver Entwicklungstendenzen nicht aus.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, daß zur Lösung der weiter vorhandenen tiefgreifenden arbeitsmarktpolitischen Probleme die bewährte bremische Wirtschaftsstrukturpolitik fortgesetzt wird.

Dazu erwartet die Bürgerschaft (Landtag) von der Bundesregierung, daß sie ihren Teil dazu beiträgt, das Land Bremen entsprechend finanziell auszustatten, z. B. durch die Weiterführung des GRW-Programms, die Aufstockung und Weiterführung des Werftenhilfeprogramms und Unterstützung bei der Einwerbung von Mitteln aus den EG-Sonderprogrammen. Außerdem bekräftigt die Bürgerschaft (Landtag), daß die Sicherung einer eigenständigen Wirtschaftsstrukturpolitik unter anderem eine Intensivierung des Länderfinanzausgleichs und die Erhöhung der Bundesergänzungszuweisungen voraussetzt.

Nr. 12/625

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an öffentlichen Schulen im Lande Bremen vom 29. März 1982

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 9. Februar 1989
(Drucksache 12/446)

Die Bürgerschaft (Landtag) eröffnet die Beratung über die Vorlage und setzt sie am 19. Oktober 1989 fort.

Nr. 12/626

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an öffentlichen Schulen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 3. Oktober 1989
(Drucksache 12/643)

Die Bürgerschaft (Landtag) eröffnet die Beratung über die Vorlage und setzt sie am 19. Oktober 1989 fort.

Nr. 12/627

Neuregelung der Lehrerarbeitszeit in der Freien Hansestadt Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Oktober 1989
(Drucksache 12/649)

Die Bürgerschaft (Landtag) eröffnet die Beratung über die Vorlage und setzt sie am 19. Oktober 1989 fort.

